

Bevor es dunkel wird

Nordkorea hat ein Energieproblem - warum Brennstoffe mit dem Zug kommen

Energie, Wasserkraftwerke, Hochspannungsleitungen und goldene Ähren als Frucht einer florierenden Industrie - so präsentiert sich Nordkorea auf seinem Staatswappen. Doch seit dem Zusammenbruch des Förderers Sowjetunion und der Konfrontation mit dem Weltmarkt steckt das Land in einer schweren Energiekrise. Mit Strom kann fast nur noch die Hauptstadt versorgt werden. Die Kohleförderung ist größtenteils zum Erliegen gekommen.

Vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahren nur internationale Hilfsprogramme und die Unterstützung aus China. Von dort bezieht Nordkorea den Großteil seiner Brennstoffe, die per Bahn oder über Pipelines geliefert werden. Zwar gibt es kein allgemeines Embargo, sondern nur einzelne Sanktionen der EU und der USA gegen Nordkorea, aber, erklärt Sebastian Harnisch, Nordkoreaexperte an der Universität Trier, „China ist das einzige Land, das Nordkorea nicht zu Weltmarktpreisen beliefert“. Die kann sich der Staat kaum leisten. Nach Ansicht der nordkoreanischen Regierung würden Atom-

kraftwerke helfen - doch sie sind umstritten: Die USA nehmen an, dass Pjongjang Atomwaffen entwickelt und wollen den Stop aller Nuklearprogramme erzwingen. 1994 unterzeichnete Nordkorea ein Rahmenabkommen mit den USA. Darin verpflichtete es sich unter anderem zur Stilllegung eines Grafitreaktors und zum Baustopp zweier weiterer Kraftwerke, die auch für militärische Zwecke Plutonium liefern könnten. Dies sollte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) überwachen.

Zur Umsetzung des Abkommens wurde die Korean Peninsula Energy Development Organisation gegründet, an der auch die USA, Japan, die EU und Südkorea beteiligt sind. Sie sollte im Gegenzug zwei Leichtwasserreaktoren zur Energiegewinnung bauen, in denen kaum waffenfähiges Material anfällt und bis zur Fertigstellung jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl liefern. Beides wurde gestoppt, da Pjongjang die Auflagen nicht erfüllt: Die IAEO-Inspektoren wies das Land im Dezember 2002 aus, kurz vorher hatten sich Hinweise auf ein geheimes Urananreicherungsprogramm verdichtet.